

Wissenschaftsfreiheitsgesetz und verlässliche Grundfinanzierung von Wissenschaft und Forschung

Drucksache 21/1627 · eingebracht 2026-02-18 – Antragsteller: **FDP**

Wissenschaft

Hochschulpolitik

Bildung

Demokratie

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP fordert ein 'Wissenschaftsfreiheitsgesetz', das Bürokratie abbaut, die Zivilklausel abschafft, PPP-Sponsoring fördert und die Grundfinanzierung an den Bundesdurchschnitt angleicht.

KERNFORDERUNGEN

- Finanzierungsfahrplan für Wissenschaftsplan 2030
- Bürokraziemoratorium und Hochschulrechtsnovelle
- Abschaffung der Zivilklausel
- PPP- und Sponsoring-Modell für Sanierung
- Opt-Out aus verfasster Studierendenschaft

BEWERTUNG

3.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Ablehnen

Der Antrag betont Freiheit, Exzellenz und Bürokratieabbau – positive Aspekte für Innovation – aber vernachlässigt systematisch soziale Gerechtigkeit (D4), ökologische Nachhaltigkeit (D3/E3) und Mitbestimmung (D5). Die Forderung nach Abschaffung der Zivilklausel (Ziffer 4a) widerspricht fundamental dem GWÖ-Wert 'Solidarität' und 'Soziale Gerechtigkeit', da sie militärische oder gesellschaftlich schädliche Forschung enttabuisiert. Die starke Betonung von PPP und privatem Kapital (Ziffer 6) untergräbt die gemeinwohlorientierte Verantwortung öffentlicher Hochschulen (A2/B2). Der Sanierungsstau wird benannt, aber keine konkrete gemeinwohlorientierte Lösung vorgeschlagen.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Forderung nach Sanierungsstau-Abbau
- Betonung von Wissenschaftsfreiheit als Grundrecht
- Konsequenter Bürokratieabbau

Schwächen

- Zivilklausel-Abschaffung
- Priorisierung privater Finanzierung
- Ignorieren ökologischer und sozialer Dimensionen der Wissenschaft

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	--	•	•	•
B · FINANZEN	•	-	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	--	•	•
D · BÜRGER:INNEN	+	•	-	-	-
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde in der Lehre und Forschung Bewertung: +2

Schutz vor ideologischem Druck, aber auch vor wissenschaftlicher Verantwortungslosigkeit

C3 Politische Führung – Hochschulrecht und Zivilklausel Bewertung: -5

Ersatzlose Abschaffung der Zivilklausel (Ziffer 4a) widerspricht GWÖ-Grundsatz 'Verantwortung für Mensch und Natur'

A2 Ausgelagerte Betriebe: PPP und Sponsoring Bewertung: -4

PPP als Entlastungsmittel (Ziffer 6) ohne Gemeinwohlbindung oder Kontrollmechanismen → Risiko für Daseinsvorsorge

D5 Transparenz & Mitbestimmung (Studierende, Mittelbau, Personal) Bewertung: -3

Opt-Out aus der verfassten Studierendenschaft (Ziffer 4d) schwächt kollektive Selbstorganisation; keine Beteiligung bei Hochschulrecht

D3 Ökologische Nachhaltigkeit im Hochschulbetrieb und in der Forschung Bewertung: -2

Kein Bezug zu Klimaschutz, Nachhaltigkeitsmanagement oder grüner Infrastruktur

SPD**WAHLPROGRAMM**

2/10

Der Antrag widerspricht zentralen SPD-Positionen: Abschaffung der Zivilklausel (Q5, Q6), Förderung privater Finanzierung statt starker staatlicher Grundfinanzierung (Q1–Q5), Ignorieren sozialer Rahmenbedingungen für Studierende (Q3) und des wissenschaftlichen Nachwuchses (Q5). Kein Bezug zur sozialdemokratischen Vision einer 'verlässlichen sozialen Rahmenbedingungen für Studierende'.

„Verlässliche soziale Rahmenbedingungen für Studierende Die finanzielle Förderung von Studierenden im Rahmen des BAföG als sozialdemokratisches Aufstiegsversprechen benötigt ein umfassendes Update, um auch in Zukunft sicherzustellen, dass Aufstieg durch Bildung möglich und ein erfolgreiches Studium nicht von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses abhängig ist.“

SPD Bremen Wahlprogramm 2023, S. 40

PARTEIPROGRAMM

2/10

Widerspricht dem Hamburger Programm: 'Verantwortlich für die Hochschulen ist und bleibt der Staat, er muss ihre Finanzierung sichern' (Q6); Ablehnung von Marktlogik in Wissenschaft (Q9, Q10); klare Ablehnung von 'kurzfristiger Rendite' (Q10). Zivilklausel ist Ausdruck sozialer Verantwortung — ihre Abschaffung widerspricht 'Solidarität' als Grundwert (Q6).

„Verantwortlich für die Hochschulen ist und bleibt der Staat, er muss ihre Finanzierung sichern. Dazu ist auch ein finanzieller Ausgleich zwischen den Bundesländern nötig.“

SPD Hamburger Programm 2007, S. 65

CDU**WAHLPROGRAMM**

7/10

Passt gut zu CDU-Kernpositionen: Bürokratieabbau, Technologieoffenheit, Subsidiarität, Stärkung von Wirtschaft/Wissenschaft-Kooperation. Klimaschutz wird nicht thematisiert, aber auch nicht widersprochen. 'Klimaneutralität 2045' fehlt, doch kein aktiver Widerspruch. 'Starker aber begrenzter Staat' entspricht dem FDP-Fokus auf Autonomie.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

Übereinstimmung mit CDU-Leitideen: 'Subsidiäre Ordnung', 'soziale Marktwirtschaft', 'Technologieoffenheit', 'Schöpfungsverantwortung' (nicht aktiv verletzt). Kein Widerspruch zu 'Eigentum' oder 'Leistungsprinzip'. Allerdings fehlt expliziter Bezug zu Umweltverantwortung — daher kein Volltreffer.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

1/10

Fundamentaler Widerspruch: Grüne fordern 'gemeinwohlorientierte Wissenschaft' (Q11–Q15), 'freie Bildung und Forschung aus Neugierde' (Q16), 'Verzahnung von Lehre, Wissenschaft und Gesellschaft' (Q16) — alles konterkariert durch Zivilklausel-Abschaffung, PPP-Priorisierung und Entpolitisierung der Wissenschaft. Kein Bezug zu 'Klimabildung', 'Nachhaltigkeitsmanagement' (Q23) oder 'familienfreundlichen Karrieremodellen' (Q14).

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Widerspricht Kerngedanken: 'Freie Wissenschaft [...] muss so gestaltet werden, dass sie Mensch und Umwelt nützt' (Q17); 'ethische Fragen müssen [...] demokratisch verhandelt werden' (Q18); 'gemeinwohlorientiertem Eigentum' (Q19). Zivilklausel-Abschaffung ist direkter Bruch mit 'planetaren Grenzen' und 'sozial-ökologischer Transformation'.

„Die Verzahnung von Lehre, Wissenschaft und Gesellschaft sichert ihren Bildungsauftrag, der sich am Gemeinwohl orientiert.“

Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 46

„Freie Wissenschaft und freie Forschung schaffen Zukunft, indem sie einen unverzichtbaren Beitrag zur vernunftgeleiteten Verständigung der Menschheit über gemeinsame Herausforderungen leisten.“

Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 44

LINKE

WAHLPROGRAMM

0/10

Vollständiger Widerspruch: LINKE fordert 'Eingliederung der Constructor University in die Strukturen der öffentlichen Hochschulen' (Q25), 'Umsetzung der Handlungsempfehlungen zur Klimabildung' (Q23), 'Förderung langfristiger beruflicher Perspektiven' (Q21), 'Überbrückungsfonds für Hochschulen' (Q24) — alles konterkariert durch PPP-Förderung, Zivilklausel-Abschaffung und Fokussierung auf private Kapitalbindung. Kein Bezug zu 'friedlichen Zwecken' (Q21) oder 'sozial inklusivem Zugang' (Q21).

„DIE LINKE spricht sich für eine Eingliederung der Constructor University in die Strukturen der öffentlichen Hochschulen Bremens aus. Eine weitere direkte oder indirekte öffentliche Förderung für eine private Constructor University lehnen wir ab.“

DIE LINKE Bremen Wahlprogramm 2023, S. 72

PARTEIPROGRAMM

0/10

Widerspricht Erfurter Programm: 'Wissensproduktion [...] soll immer mehr Menschen ermöglichen, an den Erkenntnissen teilzuhaben' (Q26); 'Forschungsmittel [...] in den Ausbau erneuerbarer Energiesysteme umzuleiten' (Q27); Ablehnung von 'Privatisierungen' (Q28). FDP-Antrag fördert genau das Gegenteil: Privatisierungstendenzen, Entkopplung von gesellschaftlicher Verantwortung und technokratische Forschung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

6/10

Teilweise Übereinstimmung: 'Mehr Polizei', 'härtere Strafen', 'gegen Extremismus' (Q11) entspricht AfD-Fokus auf Sicherheit und 'Remigration'. 'Konsequentes Vorgehen gegen Linksextremismus' passt zum AfD-Rahmen. Aber: Kein Bezug zu 'Kernkraft', 'Abschiebungen' oder 'EU-Kritik'. Auch keine Anti-Migrations-Rhetorik — daher keine Volltreffer.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

6/10

Teilweise konsistent mit AfD-Leitideen: 'Direkte Demokratie', 'nationale Souveränität', 'gegen Gender-Ideologie' — hier implizit durch 'ideologiefreie Forschung'. Aber: Kein Bezug zu 'Familie', 'Einwanderungskontrolle' oder 'Kernkraft'. Kein Widerspruch, aber auch keine substantielle Deckung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BiW

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: 4. a) die Zivilklausel ersatzlos abschafft,

4. a) die Zivilklausel ****ausbaut und verbindlich verankert****, um ethische Verantwortung in Forschung und Lehre zu stärken und friedliche Zwecke gemäß § 4 Abs. 3 Hochschulgesetz sicherzustellen

Begründung: Stärkt Solidarität (D2) und Menschenwürde (D1) durch klare ethische Orientierung — zentral für GWÖ-gerechte Wissenschaft.

Vorschlag 2 von 3

Original: 6. Sponsoring und Public Private Partnership-Projekte (PPP-Projekte) überall dort einzusetzen, wo es möglich ist, um dringend notwendige Investitionen und Sanierungen über privates Kapital umzusetzen und den Hochschuletat zu entlasten;

6. ****öffentliche Investitionen priorisieren**** und PPP nur bei strikter Gemeinwohlbindung, Transparenz und Kontrolle durch Hochschulräte sowie ****ausschließlicher Verwendung für energieeffiziente Sanierung und Klimaschutzmaßnahmen****

Begründung: Schützt ökologische Nachhaltigkeit (D3) und soziale Gerechtigkeit (D4) vor Kommerzialisierung — entspricht GWÖ-Berührungsgruppe B (Finanzpartner:innen).

Vorschlag 3 von 3

Original: 10. klare Qualitätszielen für Serviceeinrichtungen für Studierende (zum Beispiel BAföG-Stelle, Univerwaltung) einzuführen und die Digitalisierung zu beschleunigen;

10. klare Qualitätsziele für Serviceeinrichtungen für Studierende einzuführen, ****mit besonderem Fokus auf barrierefreien Zugang, soziale Inklusion und BAföG-Verbesserung gemäß SPD-Bremen-Wahlprogramm (S. 40)****, und die Digitalisierung ****unter partizipativer Mitwirkung von Studierenden und Mitarbeitenden**** zu beschleunigen

Begründung: Stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) und Transparenz & Mitbestimmung (D5) — adressiert konkrete Schwächen im Antrag.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Ablehnen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · HB21I-34

Original-Antrag

Drucksache 21/1627

Wissenschaftsfreiheitsgesetz und verlässliche Grundfinanzierung von Wiss-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Antrag der Fraktion der FDP**Wissenschaftsfreiheitsgesetz und verlässliche Grundfinanzierung von Wissenschaft und Forschung**

Der Bremer Wissenschaftsplan 2030 enthält grundsätzlich wichtige Ansätze, um den Wissenschaftsstandort Bremen sowohl in seiner Breite als auch in seinen Exzellenzclustern zu stärken. Damit Bremen jedoch im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen kann, müssen Freiheit der Forschung, wissenschaftliche Exzellenz und Innovationskraft konsequenter in den Mittelpunkt gestellt werden. Eine noch stärkere Förderung von Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft und Wissenschaftstransfer, eine nachhaltige Finanzierung des Ausbaus und der erforderlichen Sanierung der Wissenschaftseinrichtungen, sowie eine konsequente Entbürokratisierung sind wesentliche Voraussetzungen, um die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Bremen zu sichern.

Es hapert in Bremen nicht an guten Wünschen an Wissenschaft und Forschung, was sie alles leisten sollen, um den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bremen zu stärken. Es fehlt aber an einer nachhaltigen Ausfinanzierung dieser Anforderungen. Allein der Sanierungstau an Bremens Hochschulen wird inzwischen mit 1,6 Milliarden Euro beziffert. Zwar wurde in den vergangenen Jahren die Grundfinanzierung der Hochschulen aufgestockt. Dem stehen jedoch gestiegene Personal- und Energiekosten, eine steigende Studierendenzahl und die Inflation gegenüber. Wissenschaft und Forschung in Bremen sind weiter chronisch unterfinanziert. Durch die desolante Haushaltsslage Bremens droht die Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandortes Bremen ins Hintertreffen zu geraten. Gleichzeitig sind ständig neue Schulden keine Lösung für die Finanzierung der Hochschulen.

Freiheit ist die Grundvoraussetzung für Innovation. Die Förderung von Spitzenforschung darf daher nicht durch übermäßige Bürokratie oder politische Vorgaben eingeschränkt werden. Wissenschaftliche Institutionen sollten die Freiheit haben, ihre Forschungsrichtung unabhängig von politischen oder ideologischen Vorgaben zu bestimmen. Bremen benötigt deshalb konsequenten Bürokratieabbau und eine Reform seines Hochschulrechts. Das Hochschulgesetz muss ein

„Hochschulfreiheitsgesetz“ sein, damit Forschung und Lehre mehr Luft zum Atmen und Denken hat.

Die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und auch in Bremen ist neuen Bedrohungen ausgesetzt. Auch das Land Bremen muss konsequent dagegen vorgehen, wenn ausländische autoritäre Mächte Diskurse an Hochschulen zu beeinflussen, etwa wenn Forschungseinrichtungen wie die „Forschungsstelle Osteuropa“ (FSO) von Russland als „unerwünschte“ und „extremistische“ Organisation eingestuft werden, um politischen Druck auszuüben. Gleichzeitig muss Bremen selbst mit gutem Beispiel voran und darf die Wissenschaftsfreiheit hier vor Ort nicht aus ideologischen Gründen einschränken. Das hohe Gut von Wissenschafts- und Meinungsfreiheit in den wissenschaftlichen Diskursen und an Diskursen an wissenschaftlichen Einrichtungen muss geschützt werden. Dies schließt auch die Verpflichtung ein, konsequent gegen Linksextremismus, Antisemitismus und Islamismus und weitere Formen des Extremismus vorzugehen, die an unseren Hochschulen ihre Unwesen treiben.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf:

1. die Ausfinanzierung der Vereinbarungen des Wissenschaftsplans 2030 sicherzustellen und einen Finanzierungsfahrplan aufzustellen, der die Grundfinanzierung pro Studierende auf Höhe des Bundesdurchschnitts ermöglicht;
2. die Einhaltung des Konnexitätsprinzips für weitere Anforderungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sicherzustellen, das heißt, keine weiteren Aufgaben für Hochschulen und Forschungseinrichtungen, ohne dass eine ausreichende Finanzierung gesichert ist;
3. einen konsequenten Bürokratieabbau an den Wissenschaftseinrichtungen in Bremen voranzutreiben, insbesondere durch
 - a) ein Bürokraziemoratorium: Verzicht auf zusätzlichen Berichtspflichten und Beauftragungen vonseiten des Landes in den kommenden fünf Jahren.
 - b) eine kritische Überprüfung und Abbau der bestehenden Beauftragungen und Berichtspflichten und damit einhergehend der Abbau der Beauftragten in Zahl und Umfang;
4. eine Novelle des Hochschulgesetzes im Sinne eines „Wissenschaftsfreiheitsgesetzes“ vorzubereiten, welches
 - a) die Zivilklausel ersatzlos abschafft,

- b) rechtswidrige Forschungsbeschränkungen im Bereich der Tierversuche abbaut und auf ein rechtlich zulässiges Maß zurückfährt,
 - c) das Personal- und Beamtenrecht in Abstimmung mit den Hochschulen und der wissenschaftlichen Einrichtungen modernisiert, um Spitzenpersonal besser finden und halten zu können,
 - d) eine Opt-Out-Möglichkeit aus der verfassten Studierendenschaft im Land Bremen einführt;
5. einen Fahrplan für den Abbau des Sanierungsstaus der Universität Hochschulen einschließlich einer realistischen und nachhaltigen Ausfinanzierung über Investitionsmittel des Bundes, des Landes, Gebühren und öffentliche und private Drittmittel vorzulegen;
 6. Sponsoring und Public Private Partnership-Projekte (PPP-Projekte) überall dort einzusetzen, wo es möglich ist, um dringend notwendige Investitionen und Sanierungen über privates Kapital umzusetzen und den Hochschuletat zu entlasten;
 7. die geplante Universitätsbaugesellschaft nicht allein für die Finanzierung der Gebäudesanierung über Schulden zu nutzen, sondern um Kräfte zu bündeln sowie mehr Effizienz bei Bau, Sanierung und Unterhalt der wissenschaftlichen Infrastruktur und ein kostenstabiles Bauen sicherzustellen;
 8. die Förderung der Gründerkultur an den bremischen Hochschulen und der Universität zum Beispiel durch Einrichtung eines Gründersemesters zu verstetigen;
 9. die Bürgerschaftsbeschlüsse gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung an bremischen Hochschulen konsequenter umzusetzen;
 10. klare Qualitätszielen für Serviceeinrichtungen für Studierende (zum Beispiel BAföG-Stelle, Univerwaltung) einzuführen und die Digitalisierung zu beschleunigen;
 11. die „Marke“ Bremen in der internationalen Forschungs- und Hochschullandschaft zu stärken und die Suche nach Personal und Studierenden im Ausland zu intensivieren, zum Beispiel durch Teilnahme an Wissenschafts- und Bildungsmessen im Ausland;

12. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP